

# CDU Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft

Informationen der Fraktion

02 | 24

07. Juni 2024



## BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 30. MAI 2024

Hauptthemen waren u.a. das Grillen in Travemünde und auf dem Priwall, die Istanbul Konvention, der Zwischenbericht Masterplan Schulimmobilien, die Form der Beteiligung der Politik beim Bau des „Neuen Buddenbrookhauses“ und die Beschaffung einer neuen Finanzsoftware.

Die Sitzung dauerte von 16.00 bis ca. 22.30 Uhr, sie war dieses Mal wieder von kontroversen Diskussionen geprägt, die aber auch zu beeindruckenden Konsensfindungen führten.

### CDU stoppt ausuferndes Grillen in Travemünde

Christopher Lötsch erklärt: „Wir alle haben leider feststellen müssen, dass das erlaubte Grillen in Travemünde leider nicht funktioniert hat. Zu groß waren die Beeinträchtigungen. Zu wenig Rücksicht wurde genommen. Aufgabe der Politik ist es, nicht tatenlos zuzusehen, sondern zu handeln.“

Das ganzjährige Grillverbot in Travemünde wird kommen.

Der entsprechende Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion wurde in der gestrigen Bürgerschaftssitzung mit 28 zu 18 Stimmen angenommen. Das Grillen und Feuermachen am Kurstrand, in den Grünanlagen und am Brodtener Ufer (Hundestrand) soll ganzjährig in rechtlich zulässigem Umfang untersagt werden. „Endlich Chillen statt Grillen auf den Grünflächen in Travemünde und auch am Hundestrand gibt es jetzt Klarheit“, sagt Jochen Mauritz und fügt hinzu:

„Wir wollen die Grün- und Strandflächen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zuführen.

Jetzt muss eine Satzung ausgearbeitet werden, damit alle öffentlichen Strand- und Grünflächen in Travemünde / auf dem Priwall dem Bürgerschaftsbeschluss entsprechen.“

### Stärkung des Schutzes von Frauen

Wir stehen vor der Herausforderung, die bestehenden Frauenhäuser zu entlasten. Nur so können wir die Sicherheit und Unterstützung für Frauen in Not dauerhaft gewährleisten. Die Bedeutung unserer zwei Frauenhäuser als Schutzraum für Betroffene von häuslicher Gewalt kann nicht genug betont werden.

Wir sind uns der Verantwortung bewusst, Frauen und Kinder in Not zu unterstützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten.

In diesem Sinne gab es zwischen den Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP und der SPD & FW einen Konsens. In dem gemeinsamen Antrag geht es insbesondere um die Einrichtung mindestens einer Schutzwohnung.

Zudem soll ein Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul Konvention in der Hansestadt Lübeck erstellt werden. Die 2011 vom Europarat verabschiedete Istanbul Konvention ist seit 2018 in Deutschland in Kraft, sie setzt einen verbindlichen Rahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Damit wollen wir ein Zeichen gegen Gewalt setzen, denn es sind Maßnahmen nötig, Menschen, die von Gewalt bedroht sind, umfassend und schnell zu unterstützen.

Liebe Freunde der CDU,

die Zeit rennt, das erste Halbjahr von 2024 ist schon fast wieder Geschichte. Hinter uns allen liegen spannende, arbeitsreiche Wochen.

Wir bilden - ein Jahr nach der Kommunalwahl im Mai 2023 - ein starkes Team. Die zwölf CDU Bürgerschaftsmitgliedern müssen sich aufeinander verlassen können. Nur gemeinsam haben wir die Kraft, so viel wie möglich für sie, die Lübecker Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Im Namen der gesamten Bürgerschaftsfraktion möchte ich mich für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken.

Wir wollen mit diesem Newsletter noch einmal einen Überblick über das Erreichte in der letzten Bürgerschaftssitzung geben.

Am 30. Mai 2024 fand die vierte Bürgerschaftssitzung diesen Jahres statt.

Ihr

Fraktionsvorsitzender

## BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 30. MAI 2024

Der Prävention kommt dabei eine ebenso große Rolle zu, wie speziellen Angeboten für Frauen mit Fluchterfahrung, mit Behinderungen, mit Abhängigkeitserkrankungen, mit psychischen Erkrankungen und für wohnungslose/obdachlose Frauen.

### Lübeck steht vor einer massiven Herausforderung hinsichtlich der Schulimmobilien

Der erste Zwischenbericht der Verwaltung prognostiziert einen finanziellen Bedarf von 1,5 Milliarden Euro für die Sanierung der Lübecker Schulen.

Das ist eine gigantisch hohe Summe, die sich daraus ergibt, dass viele Schulgebäude zu klein und nicht mehr zeitgemäß sind. So werden z.B. laut Schulentwicklungsplanung zusätzlich 381 Räume benötigt. Zusätzlich, haben die Schulen z.T. eine nicht mehr zeitgemäße Ausstattung. In den letzten Jahren wurde aber auch zu wenig für unsere vielen Schulgebäude und Sporthallen getan.

Jens Zimmermann, Mitglied der CDU-Bürgerschaftsfraktion, berichtet: „Ich hatte in der vergangenen Woche die Gelegenheit, zwei Schulen in der Innenstadt zu besichtigen. Der Zustand der Räumlichkeiten ist erschreckend. Decken sind provisorisch abgestützt, die Digitalisierung nicht mit den pädagogischen Konzepten der Schule abgestimmt.“

„Wir brauchen sehr zeitnah eine Konkretisierung und Priorisierung der Schul- und Sportbaumaßnahmen durch die Verwaltung - mindestens für die kommenden drei Jahre - um dann schon für den Haushaltsentwurf 2025 erste Maßnahmen zu beschließen“, so Andreas Zander, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Verwaltung muss der Politik nun umgehend eine Priorisierung der notwendigen Maßnahmen vorlegen.

Hierbei muss der Fokus auf die dringendsten Probleme und Notwendigkeiten gelegt werden.

### CDU unterstützt den Adrenalinpark im Stadtteil Kücknitz

Auch der Bericht über die Ergebnisse der Sportentwicklungsplanung für den Stadtteil Kücknitz stand auf der Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung.

Die CDU warb weiterhin für die zeitnahe Umsetzung. Die SPD lehnte ab.

Jens Zimmermann dazu: „Ich erwarte von der Verwaltung eine zeitnahe und priorisierte Umsetzung und die Ordnung der benötigten Mittel im kommenden Haushaltsplan. Ansonsten würde die Verwaltung sich hier – auch für künftige Beteiligungsformate – komplett unglaubwürdig machen. Wenn man es trotz diverser Beteiligungsunden mit den Kindern, Jugendlichen und weiteren Beteiligten im Stadtteil, nicht hinbekommt, eine solche einfache Anlage im Ergebnis hinzustellen.“



Christopher Lötsch ergänzt: „Beteiligungen ohne zeitnahe Umsetzungen verlieren ihre Attraktivität.“

### Arbeitskreis statt Begleitausschuss zum Buddenbrookhaus

Obwohl es in der Bürgerschaftssitzung im März einen Beschluss gab, dass ein Begleitausschuss zum Neuen Buddenbrookhaus eingerichtet wird, legte die Verwaltung lediglich eine Vorlage für die Einrichtung eines Arbeitskreises vor. Christopher Lötsch, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion dazu: „Wieder einmal wird versucht, uns als Politik die Mitwirkungsmöglichkeit einzuschränken. Nun geht es uns nicht darum, ob es ein Ausschuss oder ein Arbeitskreis ist. Es geht uns darum, den Umbau zum Neuen Buddenbrookhaus



zu beschleunigen und die Politik erheblich besser zu beteiligen, Probleme frühzeitig zu identifizieren und zu beseitigen und die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung grundsätzlich zu verbessern.

Wichtig ist uns, dass das Gremium von der Politik geleitet wird, dass alle Fraktionsvorsitzenden, Vertreter des Bau- und des Kulturausschusses dabei sind. Dies war so bisher nicht komplett vorgesehen, daher wurde es von uns geändert.“

### Finanzsoftware

Der Anbieter der Finanzsoftware hat den Vertrag gekündigt. Über diese Software erfolgt die Planung / Bewirtschaftung und der Jahresabschluss der Kernverwaltung nebst Zahlungsverkehr mit ca. 2,8 Mio. Buchungsvorgängen pro Jahr. Sie ist an weitere Softwarelösungen angebunden (Vollstreckung, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Hundesteuer, Straßenreinigungsgebühr,...).

Wir haben Bedenken bezüglich des vorgesehenen Personalbedarfs von elf zusätzlichen Stellen und hätten uns mehr externe Unterstützung vorgestellt.

Christopher Lötsch dazu: „Eine zeitnahe Lösung ist für Lübeck enorm wichtig. Deshalb haben wir unsere Bedenken zurück gestellt, um das Projekt durch evtl. Verzögerung nicht zu gefährden.“